

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 Mk., fürs
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

Sattler-



Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gespaltene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Cedernwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 32 .: 31. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brüden-
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 10. August 1917

Inhalt. Beitragsleistung. — Der 9. Kongreß unserer skandinavischen Bruderorganisation. — Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. — Die Lohnbewegung der Dresdner Treibriemenfabrik. — Tarifabschluß in den Brandenburgischen Flugzeugwerken auf dem Flugplatz Brieset. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Bücherchau. — Sterbefall. — Anzeigen.

Für die Woche vom 12. bis 18. August 1917 ist der 33. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

Der 9. Kongreß unserer skandinavischen Bruderorganisation.

Der Skandinavische Sattler- und Tapeziererverband hielt in der Zeit vom 15. bis 20. Juli seine übliche Generalversammlung in Kopenhagen ab. Der Besuch des Kongresses war gegenüber unseren Veranstaltungen recht stark, zumal noch der Gesamtverband, der in den verschiedenen Hauptstädten der Länder seinen Sitz hat, an der Tagung teilnahm. Insgesamt waren 80 Delegierte vertreten. Das internationale Sekretariat hatte seinen Sekretär, Kollegen Sassenbach, und unsere Organisation den Vorsitzenden, Kollegen Blum, nach Kopenhagen entsandt. Außerdem hatten die Vorstände der drei Landesorganisationen Vertreter delegiert. Die Geschäftsperiode unserer skandinavischen Bruderorganisation beträgt fünf Jahre und konnte man auf den ersten Blick feststellen, daß auch der Krieg an unseren kaltblütigen Nordländern nicht spurlos vorübergegangen ist. Wir haben früher in unserer Berichterstattung immer besonders betonen dürfen, daß die Skandinavier Meister sind, in kurzen Worten alles vorzutragen, was Herz und Sinn bewegt. Die Knappheit der Rede stand im scharfen Gegensatz zu den Gepflogenheiten unserer Verbandstage der früheren Perioden. Diese guten Sitten scheinen verfloren zu sein, denn auch auf anderen in den letzten Wochen tagenden Berufskongressen ging man sehr in die Breite. Wir wissen sehr gut, daß wir durchaus nicht umhelfen werden, wenn wir diese Erscheinung mit wenigen Worten an dieser Stelle charakterisieren, denn mancher Delegierte mahnte gleichfalls zur Mäßigung des Redeflusses.

Schon der erste Tag verging vollständig über der Konstituierung des Kongresses. Es war eine rein natürliche Erscheinung, daß die Kopenhagener Delegation stark im Vordergrund stand und um Erweiterung ihrer Rechte kämpfte. Der jetzige Zustand gibt jeder kleineren Verwaltungsstelle die Möglichkeit, sich vertreten zu lassen, und bilden die weit größte Zahl der Vertreter, nicht aber der Mitglieder, und es fehlt an einer Wahlkreiseinteilung wie in unserer Organisation. Aus diesem Mißverhältnis der Großstädte gegenüber dem flachen Lande erklärt sich vieles, was wir in diesen sechs Tagen

Gelegenheit hatten zu sehen und zu hören, ohne dabei die Methoden, die vielfach geübt wurden, als nachahmenswert bezeichnen zu können.

Nachdem Sassenbach ein Bild über die Lage in den angeschlossenen Ländern bis zum Kriege gegeben und den derzeitigen Stand der internationalen Verbindungen erklärte, gab Blum in wenigen Strichen eine Uebersicht über die Entwicklung der deutschen Organisation und sprach dabei die Grüße unseres Verbandes und die des Tapeziererverbandes aus.

Jönsson als Vorsitzender der skandinavischen Organisation gab in einer fast zweistündigen Rede ein Bild der Entwicklung in den letzten fünf Jahren. Er betonte dabei, daß die Industrialisierung des Gewerbes in den nordischen Ländern große Fortschritte gemacht habe. Das Kraft- und Logiswesen, früher die im Vordergrund stehende Lohnform, ist stark im Rückgang begriffen. Andererseits haben die Unternehmer in den letzten Jahren sich nicht gekümmert, die Methoden der großkapitalistischen Länder auch in den skandinavischen Ländern anzuwenden, und sind die großen Kämpfe, namentlich der schwedische Großstreik, auch bei uns in guter Erinnerung. Der Weltkrieg hat auch die neutralen Staaten stark in Mitleidenschaft gezogen. Die Lebensmittelteuerung zwang auch unsere nordischen Freunde überall zum Lohnkampf. Die Führung dieser vielen kleinen Bewegungen verursachte der Verbandsleitung eine große Menge Arbeit und Kosten. Vom 1. Juli 1912 bis 1. Juli 1914 führte die Organisation nicht weniger wie 114 Lohnbewegungen, davon allein im letzten Jahr 40 bzw. in den beiden letzten Jahren 68. Also ein Beweis, daß der Krieg sehr stark auf die Verbandstätigkeit eingewirkt hat. Beteiligt waren an diesen Bewegungen 4549 Mitglieder, davon 583 am Streik. Für die Festigkeit der ausgebrochenen Streiks spricht die Zahl der verlorenen Arbeitstage, die 14 876 betrug und eine Unterstützung von 25 460 Kronen erforderte. Ueber die Erfolge im einzelnen zu berichten, würde an dieser Stelle zu weit führen, und beschränken wir uns darauf zu betonen, daß überall achtungsgebietende Arbeitszeitverkürzungen und beträchtliche Lohnzuschläge erzielt wurden. Im Bericht des Kollegen Jönsson spielte auch die starke Abwanderung der skandinavischen Sattler nach Deutschland eine große Rolle. Auch wurde in Dänemark sehr viel Militärarbeit angefertigt. Die Mitgliederzahl des Verbandes stieg seit dem Kongreß in Kristiania von 2105 auf 3015. An dieser Steigerung ist vornehmlich Dänemark und Schweden beteiligt, Norwegen weniger. Ein nicht unbeachtliches Bild der gut entwickelten Solidarität der nordischen Organisationen ergibt die Tatsache, daß der Verband bei 25 460 Kronen Ausgabe für eigene Streiks 19 740 Kronen an die Landesorganisationen (Generalkommission) für andere Berufsorganisationen zahlte. Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung sind uns nicht zur Hand, da diese nicht

durch die Hauptkasse gehen, sondern in jedem der drei Länder aus eigenen und besonderen Kassen bezahlt werden.

Aus der Arbeitslosenstatistik ist aber zu ersehen, daß auch hier große Summen aufgewendet werden mußten, namentlich um die Zeit des Beginns des Weltkrieges. Gezählt wurden für Dänemark 88 034, für Schweden 30 863 und für Norwegen 11 477 arbeitslose Tage. Für ein großes Reisebedürfnis der skandinavischen Kollegen zeugt die Summe von 10 104 Kronen für Reiseunterstützung. Das Verbandsvermögen ist in der Zwischenzeit von 16 407 auf 60 391 Kronen gestiegen und besitzt die Organisation seit kurzer Zeit auf dem Graabrødter Tor in Kopenhagen ein eigenes Haus, in dem auch die Ortsgruppen der Sattler und Tapezierer untergebracht sind. Der sehr im Detail vorgetragene Bericht löste eine sehr weitreichende Diskussion über drei volle Tage aus. Die Führung einer solchen großen Zahl von Bewegungen war für die Organisation etwas Neues und bot der Kritik Tür und Tor. Der Führer der Debatte, ein Kopenhagener Sattler, der auch in Berlin den Streik bei Wertheim mitgemacht hatte, ging in einem Korreferat gegen die Taktik des Vorstandes vor und verweilte auch über Gebühr lange bei dem Wertheimischen Streik. Der deutschen Organisation konnte man keine großen Vorwürfe machen, jedoch war der Wunsch allgemein, die Situation des Jahres 1915 bzw. die Gründe, die zum Streik bei Wertheim geführt hatten, des näheren klargestellt zu sehen.

Kollege Blum ging in ausführlicher Weise auf die Entstehung unseres Reichstarifes ein und konnte sehr leicht den Nachweis führen, daß unsere Berliner Ortsverwaltung sowie auch die Zentralleitung nichts veräußert hatte, um die Rechte der vielen ausländischen Kollegen, die damals bei Wertheim in Arbeit standen, zu wahren und daß ferner die Verbandsleitung der skandinavischen Organisation keinen Einfluß auf die Berliner Dinge ausüben konnte. Inwiefern die skandinavische Verbandsleitung mit den hier in Berlin in Arbeit stehenden Kollegen in Verbindung stand bzw. Verbindung gesucht hat, unterlag nicht unserer Beurteilung. Jedenfalls schien hier aber der Angelpunkt der starken Opposition zu liegen und kam die Vertrauensfundgebung für den Vorstand am vierten Tage gegen Abend zur Abstimmung und gegen die Stimmen der Kopenhagener und einige Stimmen aus der Provinz zur Annahme.

Der Rest der Tagung beschäftigte sich mit dem Ausbau des Statuts. Die beschlossenen Änderungen haben mehr lokales Interesse und dürfen wir darüber hinweggehen. Von allgemeinem Interesse ist, daß die Unterstützungssätze allgemein aufgebessert wurden. Ferner wurde das Eintrittsgeld von 1 Krone auf 2 Kronen erhöht. Aus Versen gelangte ein Antrag zur Annahme, daß 100 Mitglieder eine Abstimmung beantragen können. Die Delegierten aus Norwegen hatten den Antrag gestellt, daß sich

solche Abstimmungen nicht auf prinzipielle Dinge beziehen dürfen. Dieser Antrag war wesentlich nicht zuerst zur Abstimmung gelangt und die Norweger stimmten in der Voraussetzung, daß nur so der neue Antrag zur Urabstimmung zu verstehen sei, dafür. Die Aufregung, die nun einsetzte, war ohne Beispiel, und am anderen Morgen wurde die Erklärung der Norweger zu Protokoll genommen. Weiter wurde ein Antrag angenommen, daß an den Plätzen, wo sich die Portefeillesindustrie besonders entwickelt, besondere Verwaltungstellen für die Portefeille gegründet werden können. Für unsere Kollegen dürfte eine Modernisierung des skandinavischen Statuts von Interesse sein, die die Vorrechte der im Verbands noch verbleibenden Meister und Werkführer befestigt. Bisher konnten selbständige Meister weiter Mitglieder bleiben bei Beibehaltung ihrer erworbenen Rechte und ohne Beitragszahlung. Dieses hört in der Zukunft auf. Die Wochenbeiträge wurden um 5 Öre erhöht.

In einem besonderen Punkte wurden die internationalen Verbindungen in unserem Gewerbe besprochen und von Jönsson der Wunsch ausgedrückt, der Kongreß möge ihn beauftragen, neue Verbindungen mit den Organisationen in den Entente-Ländern zu suchen. Sassenbach sprach sich hiergegen aus. Der Kern der Internationale in den Sattlerorganisationen stehe noch fest und wenn der Krieg sein Ende gefunden hätte, dürfte mit Sicherheit zu erwarten sein, daß auch die Kollegen der kriegführenden Länder sich wieder unter einer geschlossenen Parole finden würden. Es blieb daher beim alten und wurde auch ein aus Schweden gestellter Antrag, daß die Sattler nach keinem der kriegführenden Länder abreißen dürfen, abgelehnt.

Bei den Wahlen schlugen die Wogen noch einmal etwas hoch, ohne aber die Zusammenfassung des Vorstandes besonders zu beeinflussen. In den Schlussworten des Kongresses kam doch eine stark ausgeprägte Kameradschaftlichkeit zum Ausdruck. Ueberhaupt machte es für uns einen guten Eindruck, wie außerhalb der Tagung ein einiger Geist die Delegierten befeelte. Unser Vertreter gab in seiner Abschiedsrede zu erkennen, daß die deutschen Gäste des Kongresses sich frei fühlen von jeder Ausübung einer Zensur, daß aber die starke Leidenschaftlichkeit in der Debatte ihre Erklärung in dem großen Streben nach Demokratie und Freiheit finde und eine Verbandsleitung an den Zeichen der Zeit nicht vorbeigehen wird. Auf der anderen Seite bilde aber das Vertrauen der Mitglieder zu ihren selbstgewählten Führern die Grundlage aller Handlungen.

Vertrauen gegen Vertrauen und Gemeinsamkeit im Entschluß, das dürfte das Fazit des letzten Kongresses in Kopenhagen sein und wird die nächste Tagung in fünf Jahren sicherlich die Erfolge der geläuterten Taktik aufweisen können.

Kongress

der Vertreter der Verbandsvorstände.

In der Zeit vom 24. bis 26. Juli fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die wiederum eine reichhaltige Tagesordnung zu erledigen hatte. Vor Beginn der Beratungen gedachte der Vorsitzende des vor wenigen Tagen verstorbenen Genossen Diehl-Frankfurt a. M., des Leiters des Dachdeckerverbandes, dessen Andenken von der Versammlung in der üblichen Weise geehrt wurde. Der Geschäftsbericht der Generalkommission wurde in drei Referate eingeteilt. Legien berichtete über den gewerkschaftlichen Teil, Bauer über die Hilfsdienstfragen und R. Schmidt über die Ernährungsfragen. Der Bericht Legiens erstreckte sich auf die Unterstützung der Arbeitersekretariate, insbesondere des Braunschweiger Bezirkssekretariats, das von dem örtlichen Sekretariat abgetrennt wurde, über die Rüstungsarbeiterstreiks und die Stellungnahme der Generalkommission dazu, über den Beitritt der letzteren zum „Roten Kreuz“, über die Kriegsbeschädigtenfürsorge und die Sammlungen für Kriegsbeschädigte sowie über einige Fragen der Kriegs- und Uebergangswirtschaft, wobei besonders die Einschränkung des Papierver-

brauchs das Interesse der Gewerkschaftspressen berührte. Einen vom Vorstand des Handlungsgehilfenverbandes gegen die Haltung der Generalkommission gerichteten Antrag, der verlangt, daß die Generalkommission nicht bloß mit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, sondern auch mit der Vertretung der unabhängigen Sozialdemokratie zusammenwirken soll, wies er mit der Begründung zurück, daß das von den Gewerkschaften getroffene Mannheimer Abkommen mit der Partei nur die eine Partei und die eine Reichstagsfraktion kenne.

In der Debatte wurde die Uebergangswirtschaft, die Stellungnahme zur Friedensundgebung des Reichstags, das Zusammenwirken mit der Partei und mit anderen Gewerkschafts- und Angestelltenverbänden, die politische Streikpropaganda und die Drucklegung der Konferenzprotokolle besprochen. Es wurde beschlossen, die letzteren nur im Auszuge durch Wiedergabe der Beschlüsse mit entsprechenden Kommentaren zu veröffentlichen. Ein Antrag, eine Studienkommission für Uebergangswirtschaft und Handelsvertragsfragen einzusetzen, wurde der Generalkommission zur Prüfung der hierzu notwendigen Einrichtungen, Kräfte und Mittel überwiesen. Fernerhin soll die Generalkommission mit der zuständigen Reichsleitung für Uebergangswirtschaft über die Zuziehung von Arbeitervertretern zu den Selbstverwaltungskörperschaften (Industrie- und Gewerbegruppen) verhandeln. Die Notwendigkeit einer Neuordnung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission wurde allseitig anerkannt und eine Kommission mit den Vorarbeiten hierfür betraut. Der Antrag des Vorstandes des Handlungsgehilfenverbandes wurde gegen eine Stimme abgelehnt.

Der Bericht Bauers über Hilfsdienstfragen behandelte die Befreiungen vom Hilfsdienst, die Auswahlgewahlen und die Bestrebungen der Gelben, in die Auskünfte hineinzugelassen, sowie die jetzigen Erfahrungen aus der Wirksamkeit des Hilfsdienstgesetzes (Lohnfragen, Beschäftigung und Organisation der Ausländer, Arbeitsvermittlung, Versammlungsrecht und Beschwerden). Besonders befremdeten die Mitteilungen des Redners über die Aufhebung des Versammlungsrechts durch die Kommandobehörde des schlesischen Armeebereichs aus Anlaß von wilden Bergarbeiterstreiks, die mit dem Hilfsdienstgesetz nicht zu vereinbaren ist. Hierzu wurde beschlossen:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände erhebt gegen die von den stellvertretenden Generalkommandos des I. und VI. Armeekorpsbezirks erlassenen Verordnungen über die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechts entschiedenen Protest.“

Durch jene Verordnungen wird den gewerkschaftlichen Organisationen die Erfüllung ihrer Aufgabe, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, unmöglich gemacht. Die Verordnungen verstoßen gegen den § 14 des Gesetzes betr. den vaterländischen Hilfsdienst und sind nicht zu vereinbaren mit den mehrfach von der Reichsregierung abgegebenen Erklärungen, wonach den Gewerkschaften auch unter dem Belagerungszustand weitgehendste Bewegungsfreiheit zugebilligt werden soll.

Die Konferenz beauftragt die Generalkommission, schleunigst mit den zuständigen Regierungsstellen in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung jener Verordnungen herbeizuführen. Sie erklärt, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes unbedingt notwendig ist, damit endlich das gesetzlich garantierte Vereins- und Versammlungsrecht wieder ungehindert ausgeübt werden kann.“

Ferner wurde gegen einen Erlaß des Kriegsamts, der die Hilfsdienstpflichtigen am Arbeitswechsel wegen Erstrebung höherer Löhne behindert, Einspruch erhoben und die Generalkommission beauftragt, mit dem Kriegsamt über die Zurückziehung dieses Erlasses zu verhandeln.

Der Bericht von R. Schmidt über Ernährungsfragen behandelte die seit der Herabsetzung der Brotration eingetretenen Phasen in der Volksernährung, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der Brotgetreide- und Kartoffelmangel zu einem guten Teil auf die Verführung der zu menschlicher Ernährung bestimmten Vorräte an das Vieh verurteilt sei. Er erörterte dann die Mischstände bei der Gemüse- und Obstversorgung und die Bewirtschaftung der neuen Ernte, sowie die Regelung der Kohlenversorgung. Ein Beschluß wurde zu diesem Teile des Geschäftsberichts nicht gefaßt.

Danach erstattete Bauer den Bericht von der Internationalen sozialistischen Konferenz in Stockholm, die die Verständigung der Arbeiterparteien aller Länder herbeiführen sollte. Die Generalkommission hat zu diesen Beratungen drei Vertreter delegiert. Wenn die Konferenz auch das für sie vorgegebene Ziel nicht erreicht hat, so hat sie doch wenigstens bei den ausländischen Arbeiterparteien Auffassung und Verständnis für die wirkliche Haltung und die Friedensziele der deutschen Sozialdemokratie und Gewerkschaften gebracht. Ganz besonders ist zu begrüßen, daß der russische

Arbeiter- und Soldatenrat darüber informiert werden konnte und dadurch der internationalen Verständigung ein einflußreicher Förderer erwacht wurde. In der Aussprache über die Friedensbestrebungen wurde von einer Seite das Zusammenwirken der Generalkommission mit der Partei sachlich angegriffen. Von einigen Rednern wurde der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Generalkommission die Delegation zu solchen Konferenzen der Vorständekonferenz zur Beschlussfassung unterbreiten möge. Mit der Haltung der Gewerkschaftsvertreter erklärte sich die Konferenz einverstanden. Die Generalkommission wurde ermächtigt, auch weitere Friedenskonferenzen dieser Art mit Gewerkschaftsvertretern zu beschicken. Einstimmig beschloß die Konferenz folgende Zustimmung zur Friedensundgebung des Deutschen Reichstags:

„Die Gewerkschaften Deutschlands begrüßen es mit großer Freude, daß der Reichstag durch seinen Beschluß vom 19. Juli sich im Namen des deutschen Volkes für einen Verständigungsfrieden erklärt hat.“

In der Gesamtheit der Arbeiterbewegung, deren Interesse die Gewerkschaften vertreten, findet der Wille zur schnellen Beendigung des Krieges durch Verständigung der Völker nicht nur einmütige Zustimmung; die Arbeiter Deutschlands sind auch bereit und entschlossen, mehr noch wie schon seither ihre Kräfte für die baldige Erreichung dieses Zieles einzusetzen.“

Daran schloß sich die Stellungnahme der Konferenz zu der bevorstehenden Internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern, die die schweizerische Landeszentrale der Gewerkschaften im Auftrag der Stockholmer Konferenz vom 8. Juni d. J. einberufen hat. Legien berichtete über diese Konferenz in Stockholm und über die Vorgänge, die zur Einberufung einer neuen Konferenz in Bern führten. Die Vorständekonferenz beschloß, die Berner Konferenz durch zehn Vertreter zu beschicken. Dieser Konferenz soll eine Reihe gewerkschaftlicher Forderungen unterbreitet werden, die im Friedensvertrag bei Abschluß des Krieges Aufnahme finden sollen. Legien berichtete über diese Vorlage, daß eine Gewerkschaftskonferenz in Leeds ein ähnliches Programm für die Gewerkschaften der Entente-Länder aufgestellt habe, das nicht bloß große Lücken aufweise, sondern auch ungewöhnliche Forderungen enthalte. In die Vorlage der Generalkommission seien nur allgemeine Forderungen aufgenommen worden, während die besonderen beruflichen Forderungen beim Internationalen Arbeitsamt in Basel, dem der Charakter einer internationalen öffentlich-rechtlichen Institution zugeordnet ist, geltend gemacht werden sollten. In der Diskussion wurde eine anderweitige Redaktion einzelner Forderungen sowie deren Ergänzungen gewünscht. Die deutsche Delegation wurde ermächtigt, sich darüber vor der Berner Konferenz schlüssig zu werden. Die Delegationskosten werden von der Generalkommission verauslagt und auf die Gewerkschaften umgelegt. Die Konferenz wählte 7 Delegierte sowie Ersatzmänner für diese und ermächtigte die Generalkommission, 3 Delegierte zu entsenden.

Sodann unterbreitete der für die Neuordnung der Gehälter der Angestellten der Generalkommission eingesetzte Ausschuss eine Vorlage, die von Leipzig eingehend begründet wurde. Er hob hervor, daß der Ausschuss sämtliche Beschlüsse einstimmig gefaßt habe. Die Geschäftsberichte des Ausschusses wurden nach kurzer Debatte einstimmig bei zwei Stimmenthaltungen angenommen.

Um die Arbeiterinnen in stärkerem Maße zur gewerkschaftlichen Organisation heranzuziehen, wurde das Arbeiterinnensekretariat mit der Herausgabe einer geeigneten Agitationschrift beauftragt.

Zur Stellungnahme zur Organisation der Kriegsteilnehmer wurde die Vorständekonferenz veranlaßt durch die Gründung eines Bundes der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten, der den Zweck verfolgt, die gemeinsamen Interessen der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten durch diese selbst der Gesellschaft gegenüber, wie auch im Wirtschaftsleben zu wahren und Kameradschaft und Solidarität zu pflegen. Die Gründung des Bundes erfolgte aus Kreisen, die der modernen Arbeiterbewegung nahestehen, und im Gegensatz zu der auf der Essener Ostertagung beschlossenen Zentralisation der Kriegsbeschädigten, die sich neuerdings der fräftigen Unterstützung der Schwerindustriellen erfreut und dazu ausersehen scheint, die Gelben abzulösen. Die Gewerkschaften und Angestelltenverbände hatten sich im April dieses Jahres aus Anlaß der Essener Gründung gegen jede Sonderorganisation der Kriegsbeschädigten erklärt und deren Interessenwahrung für die Gewerkschaften und deren Arbeitersekretariate beansprucht. Zu einer Organisation der Kriegsteilnehmer hatten die Gewerkschaften seither noch nicht Stellung genommen; doch ist das für und Wider in einem Teil der Gewerkschaftspressen lebhaft erörtert worden. Die Vorständekonferenz entschied sich nach einer einleitenden Schilderung

eines Vertreters der Bundesleitung, der die Umstände, die zur Gründung dieser Organisation führten, sowie die ihr von behördlicher Seite gemachten Schwierigkeiten schilderte, für folgenden Beschluß:

„Da der „Bund der Kriegsteilnehmer und ehemaligen Kriegsteilnehmer“ durch Maßnahmen der entscheidenden Behörden entgegen seinem Willen zunächst zu einer Organisation der Kriegsteilnehmer geworden ist, gilt für ihn das gleiche, was von den Gewerkschaften und Angestelltenverbänden gegenüber dem „Verband wirtschaftlicher Vereinigungen Kriegsteilnehmer für das Deutsche Reich in Eisen-Ruhr“ in der Kundgebung vom 3. April 1917 gesagt worden ist. Die Konferenz der Vorstandsvertreter kann Stellung zu dem „Bund“ erst nehmen, wenn dieser unbeeinträchtigt durch Eingriffe der Behörden die Erfüllung seiner ursprünglichen Aufgabe, die Kriegsteilnehmer zu vereinen, wird in Angriff nehmen können.“

Im Weiteren stimmte die Konferenz dem Anschluß des Deutschen Eisenbahnerverbandes und des Allgemeinen deutschen Chorfängerverbandes an die Generalkommission zu. Der Deutsche Eisenbahnerverband darf zur Zahlung von Streikbeiträgen nicht herangezogen werden, er ist, nachdem die ihm seither berechneten Schwierigkeiten durch Verhandlungen mit den Eisenbahnverwaltungen und mit dem Deutschen Reichsfänger aus dem Weg geräumt werden konnten, bereits zu einer erteilenden Stärke herangewachsen und in besser Entwicklung begriffen. Der Allgemeine deutsche Chorfängerverband (Sitz Mannheim) umfaßt etwa 2300 Mitglieder.

Ferner stimmte die Konferenz dem Beitritt der Generalkommission zum Verband zur Förderung deutscher Theaterkultur zu.

Zur Frage der innerpolitischen Neuorientierung nahm die Konferenz folgende Entscheidung an:

„Die Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände vertritt in der Frage der innerpolitischen Neugestaltung im Deutschen Reich die Auffassung, daß diese längst notwendigen und zum Teil auch von der Reichsregierung angelegten Reformen nicht länger mehr verzögert werden dürfen.“

Inbesondere erachtet sie die Einführung eines mit den Beschlüssen der Volksvertretung im Einklang stehenden Regierungssystems und die Einführung eines wirklich demokratischen Wahlrechts für alle einzelstaatlichen Landtage sowie für alle Gemeinden als die dringendste Voraussetzung für eine gesunde innerpolitische und wirtschaftliche Entwicklung, die allein das deutsche Volk befähigt, die verwüstenden Wirkungen des Krieges bald zu überwinden.

Nicht minder erwartet die Konferenz, daß diese innerpolitische Neuorientierung zu einer Sozialgesetzgebung führt, die der deutschen Arbeiterklasse die volle Gleichberechtigung im wirtschaftlichen und staatsbürgerlichen Leben, sowie den sozialen Aufstieg zur ungeminderten Teilnahme an der kulturellen Entwicklung des Volkes gewährleistet.“

Auf Antrag des Vorsitzenden des Deutschen Bauarbeiterverbandes wurde die Generalkommission beauftragt, die Wirkungen des Lebertricksverbots (Mitgliederübernahme aus anderen Gewerkschaften) während des Krieges zu prüfen und die Frage der Aufhebung jenes Verbots auf die Tagesordnung der nächsten Vorstandskonferenz zu setzen.

Die Lohnbewegung der Dresdner Treibriemenfessler.

Infolge der hohen Anforderungen, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse an die Arbeiterklasse gestellt werden, beschloß die Treibriemenfessler und Hilfsarbeiter der Firmen Gebr. Klinge und A.-G. Thiele, mit einer Aufbesserung der bestehenden Löhne an die Unternehmer heranzutreten. Die Löhne betrugen 50 Pf. bis 65 Pf. für Sattler und 45 Pf. bis 55 Pf. für Hilfsarbeiter plus 15 Proz. Feuerungszuschlag, für Affordnähren 15 Pf. pro Meter bei der Firma Gebr. Klinge, bei der Firma Thiele wurden 27½ Proz. Feuerungszulage zu diesen Löhnen gezahlt. Gefordert wurde ein Mindestlohn von 75 Pf. für Sattler und 60 Pf. für Hilfsarbeiter, für Affordnähren 20 Pf. pro Meter und zu diesen Löhnen ein Feuerungszuschlag von 30 Proz. Ferner eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich, da infolge der Ernährungsschwierigkeiten die lange Arbeitszeit nicht ohne gesundheitliche Nachteile für die Arbeiterklasse sein kann. Diese Forderungen wurden den Fabrikanten am 10. Juli zugestellt und kam es am 16. Juli bei der Firma A.-G. Thiele zu Verhandlungen. Herr Direktor Thiele erklärte, es seien jetzt keine Aufträge vorhanden, den paar alten Leuten sollte etwas zugelegt werden, und ließe sich jetzt die Sache nicht regeln. Wenn Militärattler wieder auf Riemen beschäftigt werden, so bekommen sie den Durchschnittslohn, den sie als Militärattler verdient haben. Die Firma Gebr. Klinge teile uns in einem

Schreiben mit, daß sie mit dem Arbeiterausschuß verhandeln will, doch müßte sie die eingereichten Forderungen als vollständig und diskutabel bezeichnen. In den Verhandlungen mit dem Arbeiterausschuß erklärte Herr Grundmann, der Inhaber der Firma, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit jetzt nicht zu gestanden werden könne. Für Sattler wurde ein Stundenlohn von 72 Pf., für Hilfsarbeiter von 58 bis 65 Pf. bewilligt, für das Nähen der Riemen im Afford 16½ Pf. pro Meter. Weitere Zugeständnisse konnten nicht erreicht werden. Die Arbeiterklasse beschloß nun, um auf gutlichem Wege sich zu einigen, den Schlichtungsausschuß nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes zwecks Vermittlung anzurufen. Bei dieser Verhandlung fragten selbst die Unternehmervertreter erst, ob solche niedrigen Löhne denn in ganz Deutschland gezahlt würden. Die Treibriemen seien doch zurzeit sehr gut bezahlt, so daß auch die Unternehmer die Arbeiter anständig bezahlen könnten. Die Sattlerarbeiten seien selbst von der Behörde als Schwerarbeit anerkannt worden und die Forderungen der Arbeiter seien sehr bescheiden zu nennen. Kollege Elsner konnte auch nachweisen, daß heute der Lohn der Sattler mindestens 1 Mk. pro Stunde betrage, nur die Firma Klinge könnte sich zu einer Aufbesserung der Löhne nicht verstehen. Der Schlichtungsausschuß empfahl beiden Parteien, noch einmal zu verhandeln, eventuell unter Zugichung von zwei Vertretern des Schlichtungsausschusses. Sollte dann keine Einigung erzielt werden, so müßte der Schlichtungsausschuß einen Schiedsspruch fällen. In den nun folgenden Verhandlungen gelang es, auf die oben bereits bewilligten Löhne noch einen Feuerungszuschlag von 12½ Proz. herauszuholen, so daß die Löhne durchschnittlich um 20 Pf. pro Stunde aufgebessert worden sind. Für die Arbeiterklasse hat sich auch hier wieder gezeigt, daß nur durch die Organisation eine Verbesserung ihrer Lebenslage erreicht werden kann. Deshalb ist es auch Pflicht jedes Kollegen, tatkräftig an dem Ausbau des Verbandes mitzuwirken.

Carifabschluß in den Brandenburgischen Flugzeugwerken auf dem Flugplatz Briest.

Anfang vorigen Monats wurde hier unter Mitwirkung des Arbeiterausschusses nachstehender Tarifabschluß vollzogen. Leider sind die Sattler im § 5 nicht berücksichtigt, was entschieden zu bedauern ist. Wie uns berichtet wird, haben unsere Kollegen seinerzeit bei den Wahlen zum Arbeiterausschuß wenig Wert darauf gelegt, sich und Stimme im Arbeiterausschuß zu erhalten, wie überhaupt über große Lässigkeit geklagt wird. Heute haben sie die Quittung dafür. Wäre man mehr mit der Organisation in Fühlung gewesen, so wären solche Fehler sicher vermieden worden. Der Tarif ist gegenüber 1916 in bezug auf Arbeitszeit und Löhne verbessert worden und läuft bis zum 1. Juli 1918. In der Sattlereiarbeitung werden 29 Personen beschäftigt, davon 16 Frauen. Organisiert sind 9 männliche und 4 weibliche Personen bei uns und 2 männliche und 4 weibliche in anderen Verbänden; 10 sind unorganisiert.

Der Tarif in seinem wesentlichen Teile lautet:

A. Arbeitszeit.

§ 1. Die normale wöchentliche Arbeitszeit beträgt 55 Stunden. Die Pausen sind wie üblich, jedoch wird Sonnabends 11 Uhr 50 Min. geschlossen.

§ 2. An den Vortagen der hohen Feiertage (Ostern, Pfingsten und Weihnachten) tritt der Arbeitsabschluß mittags 11 Uhr 50 Min. ein.

§ 3. Für die Startmannschaft in der Einflieger sind Ausnahmen in der Einteilung der Arbeitszeit zulässig; jedoch dürfen 55 Stunden pro Woche nicht überschritten werden.

B. Lohnsatz.

§ 4. Die Einstellungslohn sind: pro Stb.
für gelernte vollwertige Arbeiter über 18 Jahre 0,95 Mk.
dazu 15 Pf. Feuerungszulage nach 6 Tagen rückwirkend . . . 1,10 „
ledige angelernte vollwertige Arbeiter über 18 Jahre 0,75 „
dazu 10 Pf. Feuerungszulage . . . 0,85 „
verheiratete angelernte vollwertige Arbeiter über 18 Jahre 0,75 „
dazu 15 Pf. Feuerungszulage . . . 0,90 „
jugendliche angelernte Arbeiter unter 18 Jahren 0,85 „
Maschinenarbeiter 0,95 „
Hilfsarbeiter über 18 Jahre . . . 0,75 „
Hilfsarbeiter unter 18 Jahren . . 0,60 „
Schweißerinnen und Spezialarbeiterinnen . 0,65 „
sonstige Arbeiterinnen über 18 Jahre . 0,50 „
sonstige Arbeiterinnen unter 18 Jahren . 0,25 „
Werkzeugmacher 1,10 „
Dreher 1,10 „
Zischler 1,10 „
Sattler 1,10 „
Schmiede 1,10 „

§ 5. Am Tage der Unterschrift dieses Abkommens erhalten die im Werk Briest beschäftigten Leute und zwar:

gelernte Schlosser eine Zulage von 12 Pf.
Hilfsschlosser „ 11 „
Zischler „ 10 „
Maschinenarbeiter, gelernte . . . „ 10 „
Schweißer, Schweißler, gelernte . . . „ 10 „

Außerdem erhalten familiäre in Brandenburg wohnende Arbeiter eine Wegevergütung in Gestalt einer Zulage von 10 Pf., sämtliche Brandenburgische Arbeiterinnen eine solche von 5 Pf. pro Stunde, welche jedoch in Wegfall kommt, sobald sich der Wohnsitz der einzelnen Leute entsprechend ändert.

C. Affordarbeit.

§ 6. Neue Affordpreise sind so anzusetzen, daß im allgemeinen ein Verdienst von 20 Prozent über den jeweiligen Lohn erreicht werden kann.

Sollte zwischen dem Beamten (Meister usw.) und dem die Arbeit leistenden Arbeiter keine Einigung erzielt werden, dann hat eine gemeinsam zu wählende Arbeitskraft das Stund auszuarbeiten. Der erzielte Preis ist bindend.

§ 7. Auf Wunsch des Arbeiterausschusses wird die jeweilige Affordpreisliste, samtliche der Betriebsleitung zur Einsicht vorgelegt.

§ 8. Willkürliche Affordpreisänderungen dürfen nicht vorgenommen werden. Sollte bei der zu leistenden Arbeit eine technische Verbesserung in Frage kommen, so ist nach dem § 6 dieses Tarifs zu verfahren. Der jeweilige Stundenlohn ist stets zu garantieren.

Arbeitszeiten dürfen in Afforden nicht mehr berechnet werden, wie das bisher teilweise geschehen, sondern es sind nur reine Affordlöhne als Affordpreise bestimmend. Wegen eintretenden Materialmangels usw. hat sich der Arbeitnehmer sofort beim Meister zu melden, erhält dann extra zu bezahlende Lohnarbeit oder eine schriftliche Bescheinigung über die extra zu zahlende Arbeitszeit.

D. Ueberstunden.

§ 9. Für die ersten drei Ueberstunden wird ein Zuschlag von 25 Proz. vergütet; Ueberstunden darüber hinaus, sowie an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen mit 50 Proz.

§ 10. Bei Montagearbeiten werden besondere Vereinbarungen getroffen. Das Jahrgeld für die dritte Wagenklasse wird extra bezahlt.

Unter E. folgt noch Allgemeines.

Aus unserem Beruf.

Notruf aus Treibriemenarbeiter. — Verzeihung, wir wollten sagen: **Unternehmerfreieren.** Notschrei aus Treibriemenfabrikantenkreisen tönen einem jetzt fast täglich in die Ohren. Immer sind es die kleinen und mittleren Fabrikanten, die sich gegen die großen wenden, und glauben wir recht gern, daß die Existenz dieser Leute schwer gefährdet ist. In der Nr. 180 der „Lederrindustrie“ wird nun ein sehr schweres Geschick aufgeführt, dessen Donner man nicht gut überhören kann. Da wird ausgeführt, daß im Januar d. J. in Berlin eine Versammlung der Ledertreibriemenfabrikanten stattgefunden habe, wo die Stilllegung der Fabriken zur Verprechung hand und der Vorüberende die Sache einfach abgetan hätte mit der Bemerkung, daß am nächsten Tage zehn Herren des Verbandes zu einer engeren Verprechung eingeladen seien. Es stellte sich dann heraus, daß diese zehn Herren gleichzeitig die größten Betriebe hatten, und die Versammlung beantragte, daß auch die kleinen und mittleren Betriebe gehört werden. Es wurden aus diesen Kreisen drei gewählt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen sei betont worden, daß es doch gut sei, wenn die Fabrikanten Tausende von Arbeitern für den Heeresdienst freistellen könnten. (Unsererorts möchten wir zu dem lässlichen Tun der Herren bemerken, daß es gar nicht möglich war, von Tausenden noch zu reden. Der größte Teil der Treibriemenfessler stand im Januar 1917 schon im Felde und dann wurden in Friedenszeiten wenig mehr als 3000 beschäftigt.) Es wird nun weiter der Vorwurf erhoben, daß alles vorhandene Leder an die restlichen 50 großen Betriebe gegangen ist, 250 Betriebe wurden ausgeschlossen und die wirklich freigewordene Arbeiter seien doch nicht dem Heere zugeführt worden, sondern der Konfurrenz. Der Mann steht auf dem Standpunkt, daß bei der früheren Zuweisung von 20 bis 30 Proz. Leder die gesamten Betriebe aufrecht erhalten werden konnten, und führte dann weiter aus: „Ich nehme keinen Anstand, hier zu erklären: Diese rückwärtslose Vernichtung so vieler ehrenwerter Existenzen zum Nutzen einiger großen und chnehin genügend reichen Firmen schreit einfach zum Himmel, und ich frage hiermit öffentlich an:

Wer war eigentlich derjenige, der veranlaßt hat, daß im Januar d. J. 60 000 Kilogramm Riemenleder ausschließlich an die 30 größten Firmen verteilt wurden? Wenn ihm diese Zeilen zu Gesicht kommen, dann möge er aus seiner stillen Verborgen-

heit hervortreten und mannhaft die Gründe nennen, die ihn dazu bestimmt haben, fühlen Mutes es auf die vollständige Zerkümmern von so vielen kleineren, aber hochachtbaren Firmen ankommen zu lassen. Eine diesbezügliche Erklärung läge auch durchaus im Interesse des Betroffenen, denn sicherlich wird es ihm das Herz erleichtern, wenn ihm Gelegenheit geboten wird, öffentlich und vor aller Welt auseinanderzusetzen, was ihn dazu getrieben hat, den einen einen neuen und großen Gewinn, den anderen seiner deutschen Brüder dagegen so viel bittere Enttäuschung, Sorgen und Elend zu beschera."

Nach möchte man glauben, daß die Errichtung amtlicher Zuschneidestellen, wie sie für die Ausstattungsindustrie geschaffen wurden, hier noch viel nützlicher hätten wirken können.

Aber, so wird mancher unserer Freunde fragen, was geht uns diese Geschichte an. In gewöhnlicher Zeit könnte man fast keinen Spatz daran haben, aber die Zeiten sind zu ernst. Wir haben heute nicht die Absicht, in voller Breite die Verhältnisse in dieser Industrie aufzudecken, weil wir noch immer die Hoffnung nicht aufgeben können, daß es dem vernünftigen Teile der Vereinigung gelingen wird, in Wäldern die von uns gestellten Wünsche zu realisieren. Aber fast hat es den Anschein, als wenn dieselben Herren, die jetzt die Klein- und Mittelfabrikanten auf die Knie gebeugt haben, auch ihre Macht der Arbeiterschaft gegenüber zum Ausdruck bringen wollen. In der Aprilversammlung bestritt man unserer Verbandsleitung die Legitimation, im Interesse der Arbeiter Deutschlands auftreten zu dürfen. So unerhörte der Vorwurf ist, so haben wir geschwiegen, bis gewisse Dinge, die in Vorbereitung waren, ihre Erledigung gefunden hatten, und verweisen wir hier auf den Bericht über die Dresdener Bewegung. So mußte es nun kommen, daß die Treibriemenfabrikanten sich von ihren Kollegen aus anderen Berufen sagen lassen mußten, daß ihre Löhne kein Ausgleich für die heutigen Zeiten darstellen und werden wir nun in Wäldern auf der ganzen Linie dieser Herren den Spiegel vorzuhalten haben. Wir kommen in den nächsten Nummern unseres Blattes auf diese Dinge zurück.

Das Offenbacher Ledermuseum scheint in seiner Bedeutung immer mehr zu gewinnen und wächst die Zahl seiner Freunde und Gönner, die durch Ueberweisungen die Bemühungen der kunstverständigen Leitung unterstützen. Ein Münchener Gönner stiftete ein prächtiges Kunstzeichen der Sattler, bestehend in einem Sattel aus getriebenen Eisenblech (Paradezeit) und einem besonders wertvollen Kunststempel aus dem Ledergewerbe früherer Zeiten mit der Inschrift: „Das Handwerk der Schuster in Oberwiesenthal 1630.“ Die Kaiser-Friedrich-Duelle ließ dem Museum einen vorzüglich erhaltenen schwarzen venezianischen Lederband mit Blindprägung aus dem Jahre 1475. Ein Industrieller stiftete eine seltene, ausgezeichnete erhaltene Ledertasche mit gebogenem Eisenbügel, Nürnberger oder Augsburgischer Arbeit, in Wildleder mit feinsten Zugschnitten aus dem 16. Jahrhundert, nebst einem Kunstzeichen der Schuster.

Zusammenschluß in der Waggonbauindustrie. Die Unternehmer der Waggonbauindustrie haben sich eine Organisation geschaffen, welche alle zur Industrie gehörigen Betriebe umfaßt. Bisher war nur ein Teil der Betriebe in der Norddeutschen Waggonbauvereinigung organisiert. Nunmehr haben sich die außerhalb dieser Vereinigung stehenden Fabriken zusammengeschlossen und den Waggonbauverband gebildet, der seinen Sitz in Berlin hat. Beide Vereinigungen haben sich miteinander verbunden und bilden je eine besondere Gruppe in dem neugebildeten Verband deutscher Waggonfabriken, der nunmehr alle Waggonfabriken umfaßt.

Korrespondenzen.

Dresden. In der Mitgliederversammlung am 24. Juli referierte Kollege Gauseleiter Buich über das Thema: „Zeitströmungen im Sattler- und Portefeullerberuf“ in einviertelstündigen Ausführungen, die beifällig aufgenommen wurden. Dann erbat Kollege Müller den Geschäftsbericht vom zweiten Quartal. Er wies darauf hin, daß es immer noch einige Firmen gibt, die den Tarif nicht einhalten. Die Schlichtungskommission mußte in zwei Fällen der Arbeiterschaft zu ihrem Recht verhelfen. Eine Regelung des Preises für Fäden und Wachs konnte nicht erzielt werden, da die Fabrikanten an dem Preise von 5 Mk. und 10 Mk. festhalten. Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die leidige Frage bei der Neuregelung des Tarifes ganz aus der Welt geschafft werden möge. Die Wünsche, die nach dem Hilfsdienstgesetz notwendig sind, wurden in allen Betrieben gewährt, nur bei der Firma Gebr. Klinge gab es auch hier wieder Differenzen, und wurde die Sache durch das Eingreifen der Selbstzeugmeisterei geregelt. Aufnahmen konnten im Quartal 83 gemacht werden, davon 44

weibliche, so daß ein Mitgliederbestand von 333 männlichen und 104 weiblichen vorhanden ist. Anschließend gab Kollege Böhme den Kassenbericht. Er mußte feststellen, daß auch in diesem Quartal die Einnahmen zurückgegangen sind. In die Hauptkasse konnten 1200 Mk. gesandt werden. Auch die Lokalkasse hat keinen günstigen Abschluß aufzuweisen; der Bestand der Lokalkasse beträgt noch 3083 Mk., davon sind aber 3000 Mk. im Volkshaus als Stammeinlage eingezahlt, so daß diese Summe uns jetzt nicht zur Verfügung steht. Es wird notwendig sein, daß hier Remedur geschaffen wird, zumal immer noch große Anforderungen an die Lokalkasse gestellt werden. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Kollege Elsner hat am 1. Juli wieder die Geschäfte am Orte übernommen und ist das Bureau wieder in den Tagesstunden geöffnet. Die Kollegen nahmen dann den Bericht über die Lohnforderungen der Treibriemensattler entgegen. Geordert wurde ein Mindeststundenlohn von 75 Pf. für Sattler und 60 Pf. für Hilfsarbeiter, dazu eine Teuerungszulage von 30 Proz. für das Nähen im Afford 20 Pf. pro Meter. Ferner die Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden täglich. Die Firma Thiele hat die Forderungen abgelehnt, weil keine Aufträge vorhanden sind, die Firma Klinge hat mit dem Arbeiterausschuß verhandelt, aber ungenügende Zugeständnisse gemacht. Um zu einer gütlichen Regelung der Sache zu kommen, wurde die Schlichtungsausschuss nach § 13 des Hilfsdienstgesetzes zur Regelung unterbreitet. Die Verhandlung ist zum 27. Juli festgesetzt. Nachdem zum letzten Punkt der Tagesordnung noch einige Betriebsangelegenheiten erörtert wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, auch in Zukunft unsere Versammlungen so zahlreich zu besuchen.

Hannover. Am 7. Juli fand unsere Vierteljahrsversammlung statt. Kollege Bickowiad gab die Abrechnung vom 2. Quartal. Die Einnahme für die Hauptkasse betrug 722,25 Mk., für die Lokalkasse 438 Mk. Im letzten Quartal wurden 27 Mitglieder aufgenommen, so daß am Schluß des Quartals 108 männliche und 32 weibliche Mitglieder vorhanden waren. Der Kassierer wurde einstimmig entlastet. Hierauf gab der Vorsitzende einen Ueberblick über die Vor- und Nachteile des Reichstariers, der ja, wie bekannt, am 31. März 1918 abläuft. In der Diskussion, an der sich viele Kollegen beteiligten, wurde über die schlechten Affordpreise für Riemenfäden, hauptsächlich für Geschirr und Stallfäden, geklagt. Es fand dann folgende Resolution einstimmig Annahme:

„In Anbetracht der unerhörten gestiegenen Lebensmittelpreise, die auch nach Friedensschluß noch bestehen werden, wird der Zentralvorstand ersucht, bei Neubearbeitung des Reichstariers dahin zu wirken, daß die Grundlöhne wesentlich erhöht werden, der Kriegszuschlag durch eine 50–60proz. Teuerungszulage ersetzt wird, die stoffweise nach Eintreten normaler Verhältnisse abgebaut wird.“

Unter Verschiedenes ermahnte der Vorsitzende alle Anwesenden, fest für den Verband zu wirken, denn nur durch festen Zusammenschluß aller wäre Großes zu erreichen.

Leipzig. Am Freitag, den 27. Juli, fand im Volkshaus die Fortsetzung der am 13. Juli vertagten außerordentlichen Generalversammlung statt. Es wurde zunächst im 2. Punkt der Tagesordnung fortgeführt. Hierbei unterzieht der Vorsitzende Kollege Döhler die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsinstanzen betreffs des Hilfsdienstgesetzes sowie beim letzten Streik durch die Sympathieerklärung an General Gröner einer scharfen Kritik und zeigte, wie durch derartige Handlungen das Vertrauen der Massen zu den Führern verloren gehen muß, sowie das Prinzip des Kampfes verwirrt wird. Eine Spaltung der Gewerkschaften sei unter den jetzigen Verhältnissen nicht zu begründen und Austritte von alten Verbandsmitgliedern wegen Mißbilligung seien zu bedauern. Die kommenden wirtschaftlichen Kämpfe verlangen eine starke, einige Arbeiterkraft, die sich auf ihre eigenen Kräfte verlassen kann, da sie von anderer Seite keine Hilfe zu erwarten hat. Redner empfahl die in der vorigen Versammlung vorgeschlagene Resolution zur Annahme.

In der sich anschließenden Diskussion wurde hauptsächlich vom Kollegen Stöhr das Verhalten unseres Zentralvorstandes, die Schreibweise unseres Verbandsorgans sowie des „Korrespondenzblattes“ kritisiert und lehnt er ein Zusammenarbeiten mit solchen Leuten ab. Kollege Berthold kann sich ebenfalls nicht mit den Maßnahmen der Zentralleitung einverstanden erklären und ersucht die Mitglieder, mehr als bisher sich um die Organisation zu kümmern und nicht alles den Führern zu überlassen. Auch das Zeichnen von Verbandsgeldern zur Kriegsanleihe wurde verurteilt. Bei der nunmehr vorgenommenen Abstimmung über die vorgeschlagene Resolution wurde selbst bei einigen Stimmhaltungen einstimmig angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die außerordentliche Generalversammlung der Sattler und Portefeuller (Verwaltungsstelle Leipzig) spricht nach Kenntnisnahme des Berichts der hiesigen Ortsverwaltung ihr Einverständnis mit der gesamten Tätigkeit aus und stimmt der bisherigen Taktik zu. Aufgabe der Organisationsleitung muß es sein, die Interessen der Mitglieder auch in der Zukunft mit allen Kräften zu vertreten und alles daranzusetzen, daß die Lebenslage unserer Berufsangehörigen auch während und nach dem Kriege keine Verschlechterung erleidet. Wir verurteilen die Kriegspolitik der Generalkommission und fordern eine grundsätzliche Politik des Klassenkampfes nach den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse. Die Versammelten lehnen eine Verbrüderung mit den Hirsch-Dunkerischen, Christlichen und dergleichen Gewerkschaften ab. Ferner wird der Vorsitzende beauftragt, den persönlichen Streit in den Sitzungen und Versammlungen fernzuhalten, da dies nur zur Desorganisation führt. Dagegen werden die Mitglieder zur regen Mitarbeit aufgefordert und verpflichtet sich, dafür Sorge zu tragen, daß auch die uns noch Fernstehenden der Organisation zugeführt werden, um für die Zukunft allen Anfeindungen gegenüber gewappnet zu sein.“

Da Kollege Berthold sein Amt als Kassierer niedergelegt hat, welches er 15 Jahre bekleidet hat, wird ihm vom Vorsitzenden der Dank für seine Tätigkeit ausgesprochen.

Nachdem noch einige Angelegenheiten lokaler Natur ausgiebig debattiert worden waren, erreichte die Versammlung gegen 12 Uhr ihr Ende. Die noch nicht erledigten Tagesordnungspunkte sollen in der nächsten Mitgliederversammlung erledigt werden.

Sterbetafel.

Als Opfer des Krieges sind gefallen unsere Mitglieder

Ernst Störmer, Offenbach a. M.,
20 Jahre alt,
Kaspar Bauer, Offenbach a. M.,
28 Jahre alt,
Peter Weilmünster, Offenbach a. M.,
38 Jahre alt,
Ludw. Christian Graßmuck, Offenbach a. M., 81 Jahre alt,
Gregor Windholz, Offenbach a. M.,
39 Jahre alt,
Ignaz Schantini, München, 30 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

Sattler

werden dauernd auf Militärarbeit gesucht.

Gustav Adolf Roever,
Magdeburg-B., Thiemstraße 1.

Sattler gesucht auf Militärarbeiten.

Karl Schläfer, Lederwarenfabrik, Kaiserslautern.

Sattler

für Militärarbeit (Tornister, Patronentaschen, Koppel, Riemen) werden eingestellt.

v. Dolffs & Helle, Braunschweig,
Hilbesheimer Straße 27.

Werkzeuge für Sattler, Portefeuller
liefert in bester Qualität
Georg Ditter, Messerschmiedemeister,
Offenbach a. M., Al. Biergrund 5. — Tel. 1514.
(Gegr. 1906.)

Spezialität: Schleifen von Spaltmessern,
Dedelscheren u. Papiererschneidemaschinenmessern.

Ia flüssig. von garant. höchster Klebkraft,
Kaltleim 5 Kilo-B. f. M. 15.— (Nachn.)
Ludwig Thiele, Mannheim.

Die besten Werkzeuge für Sattler, Portefeuller und Tapezierer liefert als Spezialität

Bruno Steffen, Berlin SW. 19,
Lindenstr. 63.

Gegründet 1880.
Preislisten S. P. gratis und franko.